

Heike Amos

## Die bundesdeutschen Vertriebenenverbände im Visier des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)

**Zusammenfassung:** Der Bund der Vertriebenen und die 20 Landsmannschaften in der Bundesrepublik Deutschland zählten für die SED und ihr Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu politischen Feindorganisationen. Diese Verbände galt es zu bekämpfen, da sie die Existenz der DDR, die Herrschaft der SED und die Grenzen zu Polen und der Sowjetunion nicht anerkannten. Mittels subversiver Methoden durch das MfS und öffentlichen ‚Revanchismuskampagnen‘ der SED versuchte die DDR aktiv Einfluss auf die Vertriebenenverbände zu nehmen. An der Tagesordnung waren gezielte Desinformationen, Konfliktverschärfungen und Skandalisierungen. In den 1950/60er Jahren sahen die SED und ihr Geheimdienst die Vertriebenenverbände als tatsächliche politische Gefahr – auch hinsichtlich ihres Wirkens in die DDR hinein und auf die dort lebenden ehemaligen Flüchtlinge und Vertriebenen. Später, in den 1970/80er Jahren, diente die ‚Revanchismuspropaganda‘ der Delegitimierung der BRD und der politischen Aufwertung der DDR zum ‚deutschen Friedensstaat‘, der die europäischen Nachkriegsgrenzen vorbehaltlos anerkannte.

**Schlagwörter:** Vertriebenenverbände; DDR-Staatssicherheit (MfS); SED-Revanchismuspropaganda; NS-Vorwürfe

**Abstract:** The *Bund der Vertriebenen* (Federation of Expellees) and the 20 *Landsmannschaft* associations in the Federal Republic of Germany were considered to be enemy political organizations by the Socialist Unity Party (SED) and the Ministry for State Security (MfS) of the German Democratic Republic (GDR). The organizations were viewed as something to be combated as they did not recognize the existence of the GDR, the SED's rule, or the Polish and Soviet borders. The GDR attempted to assert active influence on the expellee associations using subversive methods through the MfS and public 'revanchism campaigns' on the part of the SED. This included targeted disinformation, escalations of the conflict, and the creation of scandals. The SED and its secret service saw the expellee associations as a real political danger in the 1950s and 1960s also with regard to their impact on the GDR and the former refugees and expellees living there. Later, during the 1970s and 1980s, 'revanchism propaganda' served to delegitimize the Federal Republic of Germany and to raise the profile of the GDR as the 'peace-loving German state', which unconditionally recognized Europe's post-war borders.

**Keywords:** Expellee organizations; GDR state security (MfS); SED revanchism propaganda; accusations of Nazism

---

Dr. Heike Amos, Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin, Finckensteinallee 85 – 87, 12205 Berlin, amos@ifz-muenchen.de

## Organisationsversuche von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945

Rund zwölf Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten und aus deutschsprachigen Regionen außerhalb Deutschlands mussten ab 1945 innerhalb der von den alliierten Siegermächten bestimmten neuen Grenzen des territorial verkleinerten Deutschland Aufnahme finden. Die westlichen Besatzungszonen, dann die Bundesrepublik, hatten bis 1950 7,9 Millionen Deutsche aufgenommen. In die Sowjetische Besatzungszone, dann DDR, kamen 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene.<sup>1</sup> Bis zum Mauerbau in Berlin 1961 verließen zirka 900.000 Vertriebene die DDR in Richtung Westberlin und BRD. Demnach lebten seit Beginn der 1960er Jahre rund neun Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik, anteilig bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren das 16 Prozent. In der DDR verblieben 3,5 Millionen, ihr Anteil an der Bevölkerung betrug hier 20 Prozent. Die größten landsmannschaftlichen Gruppen, die Flucht und Vertreibung erlebt und überlebt hatten, waren mehr als drei Millionen Schlesier, über 1,8 Millionen Ostpreußen, 1,4 Millionen Pommern und fast eine halbe Million Ost-Brandenburger sowie eine Million Deutsche aus Polen und Danzig und mehr als drei Millionen Sudetendeutsche bzw. Deutsche aus der ČSR.

Alle vier alliierten Besatzungsmächte zeigten sich 1945 ablehnend gegenüber Selbstorganisationsbestrebungen von Flüchtlingen und Vertriebenen in ihren jeweiligen Zonen. Ihre Furcht basierte auf der Annahme einer möglichen Radikalisierung der Millionen sozial deklassierten Menschen, die die labile politische Nachkriegssituation in den Besatzungszonen weiter belasten könnte. In den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik konnten sich trotz des Verbots ab 1948/49 Heimatvertriebene und Flüchtlinge in Verbänden organisieren. Bis 1950 entstanden so 20 Landsmannschaften und zwei übergreifende Organisationen: die Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) und der Bund vertriebener Deutscher (BVD). Bis Dezember 1958 schlossen sich diese Verbände zu einem Dachverband in Westberlin zusammen, dem Bund der Vertriebenen (BdV) – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände.<sup>2</sup> Der Anteil und Organisationsgrad der einzelnen Vertriebenengruppen in den jeweiligen Landsmannschaften war insgesamt gesehen relativ gering, er lag zwischen

---

<sup>1</sup> Vgl. ausführlich referiert bei Kossert, Andreas: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*. München 2008, S. 40–42, 361; Reichling, Gerhard: *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985*. Bonn 1995, S. 36 f.

<sup>2</sup> Vgl. Amos, Heike: *Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989*. München 2011, S. 7–24; Steinert, Johannes Dieter: *Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie: Westdeutschland 1945–1949*. In: Bade, Klaus (Hg.): *Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*. Münster 1990, S. 61–80, hier S. 68–78; Weiß, Hermann: *Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse*. In: Benz, Wolfgang (Hg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt/M. 1995, S. 244–264, hier S. 248 f.

zehn und 20 Prozent.<sup>3</sup> In der sowjetischen Zone bzw. der DDR versuchten sich auf regionaler Ebene ebenso Geflüchtete bzw. Vertriebene zusammenzuschließen. Bekannt wurden der sogenannte Schlesierausschuss, der zwischen 1946 und 1952 existierte und im Kern ehemalige Breslauer Kommunisten vereinte, der Bund der Danziger Antifaschisten 1946 in Magdeburg oder die Umsiedlerflüchtlingsvereinigung Bitterfeld 1947.<sup>4</sup> Da die Sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Spitze das Koalitionsverbot strikt durchsetzten, wurden solche Zusammenschlüsse nicht geduldet, und es setzten sofort polizeiliche Ermittlungen ein.<sup>5</sup>

## Erste MfS-Observationen organisierter Vertriebener

Wie und warum gerieten die organisierten Vertriebenen in Westberlin und in Westdeutschland in den Blick des DDR-Staatssicherheitsdienstes? Der SED-Führung und den Behörden des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) fielen die Verbände der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen zum ersten Mal Anfang 1951 auf. MfS-Staatssekretär Erich Mielke forderte im April 1951 von seinen fünf MfS-Landesverwaltungen Auskunft nicht nur über „illegale Umsiedlerorganisationen“ in der DDR, sondern auch über Verbindungen von ‚Umsiedlern‘ aus der DDR zu Vertriebenen in der Bundesrepublik und über die „feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften“ in Westberlin und Westdeutschland in Richtung DDR. Außerdem erwartete Mielke Meldungen über Zahl und Einsatz „Geheimer Mitarbeiter“, also Spitzel, in ‚Umsiedler-‘ und Vertriebenenkreisen.<sup>6</sup>

In den 1950er Jahren spielte Westberlin mit der offenen Grenze zu Ostberlin und zur DDR für das MfS eine zentrale Rolle bei der „Abwehr von landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen den organisierten Vertriebenen im Westen und den ‚Umsiedlern‘ in der DDR“.<sup>7</sup> Die Staatssicherheit war darauf aufmerksam geworden, dass

<sup>3</sup> Vgl. Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972. Düsseldorf 2002, S. 37, 141–148; Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg.): Handbuch. 3. überarb. Aufl. Bonn 1996, S. 31–144; Bundesarchiv (BArch) Berlin. Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) 9705, Bl. 417–430: Übersicht über revanchistische Tätigkeit der Landsmannschaften in der BRD. 1959.

<sup>4</sup> Vgl. Herms, Michael / Noak, Gerd: Der „Schlesierausschuß“ der VVN im Visier der SED-Führung (1946 bis 1952). Berlin 1997; Mehlhase, Torsten: Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflußnahme und der „Umerziehung“ in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt. In: Wille, Manfred / Hoffmann, Johannes / Meinicke, Wolfgang (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Wiesbaden 1993, S. 159–177, hier S. 172–174.

<sup>5</sup> Vgl. Amos, Heike: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990. München 2009, S. 24 f.

<sup>6</sup> BArch Berlin. MfS. Büro der Leitung (BdL). Dok. 003671, Bl. 1: Mielke an MfS-Verwaltung Berlins. 10.04.1951; BArch Berlin. MfS. Archivierter Operativer Vorgang (AOP) 11315/64, Bl. 401: Feindliche Tätigkeit der Umsiedlerlandsmannschaften. 07.06.1951.

<sup>7</sup> BArch Berlin. MfS. ZAIG 9708. Bd. 3. Bl. 805–807: Methoden der Landsmannschaften zur Beeinflussung der Umsiedler. 1957/58.

ein reger Besucherverkehr von DDR-,Umsiedlern‘ zu landsmannschaftlichen Zusammenkünften in Westberlin stattfand. Daher gerieten ins geheimpolizeiliche Visier des MfS:

1. die monatlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen in Westberlin,
2. die zentrale jährliche Vertriebenen-Großveranstaltung zum Tag der Heimat in der Westberliner Waldbühne (einer großen Freilichtbühne),
3. die Zentrale der organisierten Vertriebenen in Westberlin – das Haus der ostdeutschen Heimat.<sup>8</sup>

Die Staatssicherheit hatte zutreffend beobachtet, dass bei den monatlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen in Westberlin etwa 30 Prozent der Besucher aus der DDR kamen. Das waren zirka 10.000 DDR-,Umsiedler‘, die jeden Monat diese Treffen aufsuchten. Zur zentralen, jährlich im September stattfindenden Großveranstaltung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Westberliner Waldbühne fanden sich rund 22.000 Teilnehmer ein, davon 8.000 aus der DDR. Das Haus der ostdeutschen Heimat in Westberlin besuchten täglich zwischen 100 und 200 DDR-,Umsiedler‘, um dort Auskünfte einzuholen, Veranstaltungen zu besuchen und materielle Unterstützungen zu beantragen.<sup>9</sup> Diese Tatsache beunruhigte SED und Staatssicherheit. Sie befürchteten, die „Heimatgefühle der Umsiedler“ würden benutzt, um diese gegen den DDR-Staat und die SED-Herrschaft aufzuwiegeln.<sup>10</sup>

Ab dem Sommer 1958 ging die Staatssicherheit aktiv gegen die Westberliner Vertriebenen-Veranstaltungen vor.<sup>11</sup> Dazu bediente sie sich verschiedener Mittel. Die MfS-Tätigkeit richtete sich gegen die Großveranstaltung in der Waldbühne und gegen das Haus der ostdeutschen Heimat. Ostberlin wollte die Vertriebenenveranstaltungen mittels sogenannter Desinformationskampagnen stören und die Besucherströme von Ost- nach Westberlin unterbinden. Durch Postwurfsendungen wurden kompromittierende Materialien über Westberliner Vertriebenenfunktionäre, deren Wahrheitsgehalt teilweise zweifelhaft war, verbreitet. Den Funktionären wurde u. a. Veruntreuung von Beitragsgeldern aus Landsmannschaftskassen, ein unmoralischer Lebenswandel, Homosexualität oder eine kriminelle Vergangenheit vorgeworfen. Betroffen waren davon 1958 in Westberlin zum Beispiel der Vorsitzende des Landesverbandes der

---

**8** Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 3, Bl. 385–393: Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL. 1955; vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 44–58.

**9** Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 3, Bl. 385–387: Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL. 1955; ebd., Bd. 2, Bl. 164–168: Landsmannschaftstreffen. September 1958.

**10** BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 2, Bl. 180: Landsmannschaftstreffen. 14.09.1958.

**11** Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 65–84.

Heimatvertriebenen, Dr. Alfred Rojek (1897–1975), und die Geschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Bundes der Danziger.<sup>12</sup>

Die MfS-Desinformationsstrategie umfasste auch, gefälschte Programme zum Tag der Heimat oder großer Landsmannschaftstreffen in Umlauf zu bringen, die falsche Angaben über Ort und Zeit der Veranstaltungen enthielten, um ein organisatorisches Chaos anzurichten, was auch gelang. Sogenannte SED-Dreiergruppen statteten in Westberlin den Inhabern der Lokale, die ihre Gasträume für Heimatkreistreffen von Landsmannschaften zur Verfügung stellten, Besuche ab, um diese so stark unter Druck zu setzen, dass sie ihre Vermietung rückgängig machten. Zu den Treffen der Landsmannschafts-Heimatkreise in Westberlin wurden des Weiteren politisch geschulte SED-Kader gesandt, die dort offensiv für die Oder-Neiße-Grenze, die Akzeptanz der deutschen Gebietsverluste als Folge der Niederlage des verbrecherischen Krieges und für die DDR-Friedenspolitik warben. Kannte die Staatssicherheit die Personalien von DDR-„Umsiedlern“, die zu Vertriebenentreffen nach Westberlin fuhrten, wurden diese zu einem „klärenden Gespräch“ bei MfS-Dienststellen vorgeladen. Auch verschärften MfS und Transportpolizei die Kontrollen an den Sektorengrenzen zwischen Ost- und Westberlin zu Zeiten von größeren Vertriebenentreffen.<sup>13</sup>

Den Besucherstrom im Haus der ostdeutschen Heimat in Charlottenburg im Westteil Berlins beobachtete das MfS kontinuierlich durch professionelle Geheimdienstmitarbeiter, die in gegenüberliegenden konspirativen Wohnungen einquartiert waren. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Westberliner Vertriebenenzentrale waren dem MfS durch eigene Recherchen bekannt. Man suchte ständig nach Anhaltspunkten für die Spitzelanwerbung aus diesem Personenkreis. So gelang es mit teilweiseem Erfolg zeitweilig, männliche Angestellte aus dem Haus der ostdeutschen Heimat durch „Anschleusung weiblicher Geheimer Informanten“<sup>14</sup> als Spitzel zu gewinnen. Alle vorhandenen „Geheimen Mitarbeiter“ in „Umsiedler“-kreisen waren angewiesen, jede sich nur bietende Gelegenheit zu nutzen, das Haus der ostdeutschen Heimat aufzusuchen, um alle möglichen Informationen für Ostberlin in Erfahrung zu bringen.<sup>15</sup> Den Besucherstrom von DDR-„Umsiedlern“ zu den Vertriebenentreffen in Westberlin konnte das MfS jedoch nicht stoppen. Dieser endete erst mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961.

<sup>12</sup> Aus Datenschutzgründen hat das Bundesarchiv deren Namen geschwärzt. Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 1, Bl. 105–107; MfS-Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan. 08.08.1958.

<sup>13</sup> Vgl. BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 2, Bl. 276–280: Maßnahmeplan zum „Tag der Heimat“ in Westberlin. 25.07.1961; ebd., Bl. 281: Einsatz von IMs zum „Tag der Heimat“. 03.09.1961; ebd., Bl. 242–244: Stand der Auswertung zum Revanchistentreffen. September 1960; BArch Berlin. MfS. BdL. Dok. 000658, Bl. 1–4; MfS-Minister: Revanchistentreffen. 04.09.1960.

<sup>14</sup> BArch Berlin. MfS. AOP 11315/64. Bd. 1, Bl. 120: Methoden in der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin. 01.10.1959.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., Bl. 133–138: Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften. 01.02.1960.

## Zuständigkeiten beim MfS

Das im Februar 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit schuf sich für die Überwachung der Flüchtlinge und Vertriebenen eine eigene organisatorische Zuständigkeit.<sup>16</sup> Anfänglich lag diese in der Zentrale und in den Länderverwaltungen bei der jeweiligen Abteilung V; die Arbeitslinie hieß konkret: „Umsiedler, Landsmannschaften und ihre Dachorganisationen VOL und BVD“. Im Herbst 1953 wurde auf oberster Ministeriumsebene aus der Abteilung V die Hauptabteilung V, auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen blieben die Abteilungen V zuständig. Diese Abteilungen wurden intern kurz „Untergrund“ genannt.<sup>17</sup> Ihre Zuständigkeit umfasste die Bekämpfung des sogenannten politischen Untergrunds, d. h. einerseits die Überwachung der Blockparteien CDU und LDP, der Massenorganisationen und Kirchen in der DDR und andererseits die geheimdienstliche Bekämpfung der westdeutschen Parteien und ihrer „Ostbüros“, des westdeutschen Gewerkschaftsbundes sowie weiterer „gegnerischer politischer Verbände in Westdeutschland und Westberlin“.

Damit waren den besagten (Haupt-)Abteilungen sowohl die geheimdienstliche Bearbeitung westdeutscher Parteien und Organisationen (insbesondere ihrer Aktivitäten bezogen auf die DDR) übertragen worden als auch die geheimpolizeiliche Kontrolle und Überwachung ostdeutscher Parteien und Organisationen. Denn diese Bereiche gehörten nach SED- bzw. MfS-Denkart zusammen, da jede tatsächliche oder vermeintliche oppositionelle Bewegung in der DDR nur von außen durch westdeutsche Initiatoren hervorgerufen werden könnte. Die (Haupt-)Abteilungen kontrollierten demnach auch die „Umsiedler in der DDR und in Westdeutschland sowie die Umsiedlerorganisationen“, konkret die Vereinigung der Landsmannschaften, den Bund vertriebener Deutscher, das Haus der ostdeutschen Heimat in Westberlin und den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Dieses Arbeitsgebiet gehörte seit 1950 zum Verantwortungsbereich des damaligen Staatssekretärs Erich Mielke.<sup>18</sup>

1963/64 fand eine Reorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit statt. Die Hauptabteilung V führte von nun an die Bezeichnung Hauptabteilung XX. Deren Abteilung 5, Referat I erhielt die Zuständigkeit für die „Ostbüros“ der bundesdeutschen Parteien und anderen ‚Feindorganisationen im Westen‘. Dazu zählten auch alle Vertriebenenverbände. Diese Verantwortlichkeit blieb so bis 1989 bestehen. Die

**16** Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 38–44.

**17** BArch Berlin. MfS. BdL. Dok. 003784, Bl. 7: Struktur der Hauptabteilung V. 03.01.1955; vgl. auch Auerbach, Thomas; Braun, Matthias; Eisenfeld, Bernd u. a.: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“. Berlin 2008, S. 12–17.

**18** Vgl. BArch Berlin. MfS. BdL. Dok. 003748, Bl. 2: Besetzung der Abteilung V in den MfS-Bezirksverwaltungen. Januar 1955; BArch Berlin. MfS. Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) 3520: Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1965–1975; Auerbach/Braun/Eisenfeld u. a., Hauptabteilung XX (wie Anm. 17), S. 15–17, 21, 35–38, 79–81, 104–121, 173; Gieseke, Jens: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriss. Berlin 1998, S. 34–40.

Hauptabteilung XX unterstand dem Stellvertretenden MfS-Minister Generaloberst Rudi Mittag. Auf der MfS-Ebene der Bezirksverwaltungen wurde die Bearbeitungslinie XX fortgeführt, die MfS-Kreisebene widmete sich ‚nur‘ dem Beobachten und Registrieren von Brief- und Paketkontakten zwischen DDR-‚Umsiedlern‘ und westdeutschen Vertriebenen bzw. von Reisen von Vertriebenenfunktionären aus der BRD in die jeweiligen DDR-Kreise. In der Ostberliner Zentrale und auf der Ebene der 14 Bezirksverwaltungen waren zwischen den 1960er und 1980er Jahren letztlich zeitgleich nicht mehr als 14 bis 18 MfS-Mitarbeiter – nicht kontinuierlich, aber immer wieder – mit dem Arbeitsgebiet „Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland“ befasst.<sup>19</sup>

Zur Faktenbeschaffung schuf sich das MfS Anfang 1960 zudem die Querschnittsabteilung Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG). In regelmäßigen, aber größeren zeitlichen Abständen fertigten die dortigen Mitarbeiter umfangreiche Analysen über die Vertriebenenverbände, ihre Aktivitäten und Großveranstaltungen an. Diese Expertisen waren faktenreich, breit angelegt und relativ präzise, bewegten sich jedoch analytisch weitgehend im Rahmen der vorgegebenen SED-Parteiideologie und ihres ‚Feindbildes‘. Die MfS-Bearbeiter und -Bearbeiterinnen für die Analysen der Vertriebenenverbände waren in der Regel ohne akademische Ausbildung und anfänglich wenig vertraut mit der Vertreibungsproblematik. Mit den Jahren eigneten sie sich Kenntnisse dazu an, jedoch zeigen die Analysen einen begrenzten Wissensstand und einen beschränkten politischen Denkhorizont.<sup>20</sup>

Der MfS-Arbeitslinie „Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften“ hinzuzurechnen waren auch jene weiblichen und männlichen Offiziere der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), also des DDR-Auslandsgeheimdienstes, die die geheimdienstliche Bearbeitung der Landsmannschaften und des BdV – z. B. die Gewinnung, Einschleusung und Anleitung von Agenten und die Auswertung ihrer Informationslieferung – betrieben. Die HVA, Abteilung II, Referat 3, auf der Bezirksebene die jeweiligen Abteilungen XV, befassten sich mit dem „Führen von Agenten“ in Organisationen der sogenannten ideologischen Diversion, also u. a. auch in den Landsmannschaften und im Bund der Vertriebenen.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 30–32, 38–44.

<sup>20</sup> Vgl. BArch Berlin. MfS. ZAIG 9704. Bd. 1: BdV und Sudetendeutsche und Schlesische Landsmannschaft, Ost- und Westpreußische Landsmannschaft, Personendossiers, Westberliner Landesverband der Vertriebenen. 1962–1964. Die letzte große Analyse fertigte die ZAIG im Juni 1989 an, vgl. BArch Berlin. MfS. ZAIG 28750: Objektauskunft zum Revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e. V.“ (159 Seiten).

<sup>21</sup> So etwa beim Fall der „IM Kern“, einer HVA-Agentin in der Zentrale des BdV von 1972 bis 1985, vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 239–259; Wiedemann, Roland: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Berlin 1996, S. 369; Müller-Enbergs, Helmut: Was wissen wir über die DDR-Spionage? In: Ders. / Herbstritt, Georg (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 34–71, hier S. 52f.



## SED-„Revanchismuskampagnen“

Die Politik der SED bezüglich der Bundesrepublik umfasste in den 1950er Jahren als strategisches Ziel, die Bundesrepublik zu destabilisieren, eine revolutionäre Situation herbeizuführen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu östlichen Bedingungen zu befördern. In der politischen Praxis verschob sich seit den 1960er Jahren die Priorität hin zur Einflussnahme auf die Bundesrepublik, um die staatliche Anerkennung der DDR zu erreichen. Als eine Art Ersatzlegitimation, innen- und außenpolitisch ausgerichtet, stellte die SED die DDR als ‚den deutschen Friedensstaat‘ und die BRD als ‚Hort des Revanchismus‘ hin. Ostberlin klagte die Bundesrepublik öffentlich an, die europäischen Nachkriegsgrenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, nicht anzuerkennen und Anspruch auf polnisches und sowjetisches Staatsgebiet zu erheben. Für diese ‚revanchistischen‘ Politikziele, so die SED, missbrauchten die Bonner Regierung und die Vertriebenenverbände die Flüchtlinge und die Vertriebenen. Je näher die SED dem erhofften Ziel der staatlichen Anerkennung entgegenzukommen glaubte, umso energischer versuchte sie, die historischen, kulturellen und verwandtschaftlichen Westbindungen der DDR-Bevölkerung zu erschweren oder zu unterbinden. Hierzu zählten auch die deutsch-deutschen Kontakte, die auf landsmannschaftlichem Zusammenhalt basierten. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 fanden beide Seiten ein geregeltes Nebeneinander. Die Bundesrepublik akzeptierte die DDR als zweiten deutschen Staat, ohne ihn völkerrechtlich anzuerkennen. Auf diese völkerrechtliche Anerkennung arbeitete die SED bis 1989 hin, letztlich vergeblich.<sup>22</sup>

Auf der politischen Agenda des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften standen die auch in der westdeutschen Gesellschaft zunehmend unrealistisch werdenden, aber nie abgelegten Ziele, einer Nicht-Anerkennung des Staates DDR und der Oder-Neiße-Grenze, die Wiederherstellung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie ein friedliches, ungehindertes Rückkehrrecht für die Vertriebenen in die alten ost- bzw. sudetendeutschen Gebiete.<sup>23</sup> In diesem politischen Wirken der Vertriebenenverbände sah die SED-Führung zunehmend ein Ärgernis und weiterhin eine Bedrohung für ihre staatliche Souveränität und ihren politischen Führungsanspruch. Für die SED und das MfS gehörten die Verbände zu Organisationen in der Bundesrepublik, die sie als „Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion“ bezeichneten und der politischen Unterwanderung der DDR bezichtigten.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 98.

<sup>23</sup> Vgl. BArch Berlin. MfS. ZKG 3520: Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition. MfS-Ausarbeitung von 1982; Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 95–97.

<sup>24</sup> BArch Berlin. MfS. JHS 21838/4, Bl. 63f.: Majore Pustogorow und Klotz: Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation. 1974; vgl. den Art. „Politisch-ideologische Diversion“. In: Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“. Berlin 1995, S. 303.



Zwischen 1960 und 1963 begannen die Dienststellen des MfS im Auftrag der SED damit, systematisch das Führungspersonal des BdV und der Landsmannschaften nach möglichen politischen Verstrickungen in das NS-System zu überprüfen. Ziel und Zweck der Recherche bestand von Anfang an darin, nachzuweisen, dass die Funktionäre der Vertriebenenverbände durchweg eine faschistische Vergangenheit besaßen und der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten im Bund der Vertriebenen und in den Landsmannschaften umfassend war.<sup>25</sup> Die SED-Propagandakampagnen richteten sich u. a. gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (1905–1998)<sup>26</sup>, den BdV-Präsidenten Hans Krüger (1902–1971) oder gegen den Sprecher der Sudentendeutschen Landsmannschaft Walter Becher (1912–2005).<sup>27</sup>

In diesen Kampagnen, die durchaus Wirkung in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit erzielten, machten sich SED bzw. MfS nicht immer die Mühe, bei der tatsächlich vorhandenen NS-Belastung von Vertriebenenfunktionären zwischen Angepassten, Opportunisten, Mitläufern, Schreibtischtätern und tatsächlichen Tätern zu unterscheiden. Für die Beschuldigung und Diskreditierung dieser Funktionäre und den gegen sie gerichteten Faschismusvorwurf reichte unterschiedslos der Nachweis einer Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SS oder einer anderen nationalsozialistischen Gliederung aus.<sup>28</sup> Die Veröffentlichung des DDR-Braunbuches 1965<sup>29</sup> – das maßgeblich von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS erarbeitet worden war – stellte sich als großer Propagandaerfolg für die SED heraus. Allein bis 1968 sollen nach Angaben der SED „mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD ihren Posten“ niedergelegt haben.<sup>30</sup> Auf dem Höhepunkt des Kampfes um die staatliche Anerkennung der DDR 1969/70 zeichnete die SED-Propaganda das nicht

---

**25** Vgl. BArch Berlin. MfS. Sekretariat des Ministers (SdM) 599, Bl. 83: Jahresbericht 1960 über die Agitationstätigkeit des MfS; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9704, Bl. 42–57, 82–91, 149–218: Vertriebenenfunktionäre und Landsmannschaften. 1962–1964.

**26** Vgl. Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Oberländer 1905–1998. Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt/M. 2000.

**27** Vgl. ausführlich Schwartz, Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München 2012, S. 17–19, 43–68; Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 202–207; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9704. Bd. 2: Rechercheunterlagen über Bonner Revanchistenführer. 1960. Zu Walter Becher vgl. BArch Berlin. MfS. AP 8616/72 und PA 31; zu Linus Kather ebd., PA 611; zu Alfred Gille ebd., PA 2642 oder zu Reinhold Rehs ebd., PA 1155.

**28** Vgl. BArch Berlin. MfS. Hauptabteilung (HA) XX, 235: NS-Vergangenheit von Revanchistenführern. 1960; Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen. 1965.

**29** Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West). Berlin (Ost) 1965 (eine Reprint-Ausgabe wurde 2002 von Norbert Podewin herausgegeben); Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 190–194.

**30** Vgl. Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2006, S. 77–84, hier S. 84; Kloth, Hans Michael; Wiegrefe, Klaus: Unbequeme Wahrheiten. In: Der Spiegel. 13.08.2006, S. 46–48. Anzumerken ist, dass das ‚Braunbuch‘ in der Bundesrepublik auf Beschluss des Landgerichts Lüneburg von 1967 der Beschlagnahme unterlag (vgl. Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 85).

falsche, aber vereinfachte Bild von einer „Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen, der zweitgrößten Massenorganisation der Bundesrepublik, mit Nazis“. <sup>31</sup> Vertriebenenpolitiker, die klare Gegner der NS-Diktatur gewesen waren oder Distanz zum Regime gewahrt hatten, wurden hingegen nie erwähnt.

Tatsächlich wies der BdV mit seinen 14 Spitzenfunktionären im Vorsitz und Präsidium 1969 nur fünf politisch Unbelastete auf. <sup>32</sup> Von den neun belasteten, formal NS-verstrickten Spitzenfunktionären müssen mindestens vier nach heutigem Kenntnisstand als überzeugte Nationalsozialisten bezeichnet werden. Diese waren schon vor 1933 diversen NS-Organisationen beigetreten und hatten dort Funktionen bekleidet. Sie machten im NS-Staat Karriere, traten öffentlich für die nationalsozialistische Ideologie ein oder waren sogar in Verbrechen verstrickt. <sup>33</sup> Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern in der BdV-Führung war im Vergleich zur Gesamtgesellschaft und zur Gruppe der Vertriebenen jedoch tatsächlich überdurchschnittlich hoch. Die von der SED vorgebrachten und vom MfS recherchierten Sachverhalte gegen die Funktionäre der Vertriebenenverbände waren im Kern zutreffend, wenngleich die ostdeutsche Seite auch Fakten und Zusammenhänge pauschalisierte bzw. übertrieb. <sup>34</sup>

Doch das eigentliche Kapital der SED war die Tatsache, dass die politischen Eliten in der Bundesrepublik und auch die Vertriebenenverbände jahrzehntelang nicht sehen wollten, welche Hypothek sie mit sich trugen. <sup>35</sup> So haben bis in die 2010er Jahre Landsmannschaften kaum die Verstrickungen ihrer Spitzenfunktionäre in das NS-System tatsächlich aufgearbeitet. <sup>36</sup> Die Suche nach möglichen NS-Verstrickungen von Vertriebenenpolitikern blieb eine bis 1989 andauernde Aufgabe der Staatssicherheit. Unter diesem Vorzeichen wurden Personendossiers über die Vertriebenenspitzenfunktionäre Waldemar Kraft (1898–1977), Linus Kather (1893–1983), Alfred Gille (1901–1971), Heinrich Windelen (1921–2015), Johann Baptist Gradl (1904–1988), Herbert Hupka (1915–2006) oder Herbert Czaja (1914–1997) geführt. <sup>37</sup> Noch im Juli

<sup>31</sup> BArch Berlin. MfS. FV 13/71. Bd. 4, Bl. 91: Stoßtrupp von Rechts. Der BdV und die neue Ostpolitik der Bundesregierung.

<sup>32</sup> Vgl. Schwarz, Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 27), S. 16f.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 521–531, 559–584.

<sup>34</sup> Vgl. Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit (wie Anm. 30). S. 73–104, 156–190.

<sup>35</sup> Dem Historiker Falco Werkentin ist zuzustimmen, dass es der DDR zwar sicher um Propaganda ging: „Doch am Wahrheitsgehalt der vorgelegten Dokumentation ‚Braunbuch‘ war im Großen und Ganzen nicht zu rütteln. Die bundesdeutsche Gesellschaft [...] bekam ihre eklatanten Versäumnisse im Umgang mit der eigenen Wahrheit schmerzhaft um die Ohren geschlagen. Die Unerträglichkeiten mußten von den Propagandisten der SED nicht erfunden, sondern nur aufgesammelt werden.“ Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression. Berlin 1997, S. 200.

<sup>36</sup> Vgl. Aly, Götz: Zuverlässig. In: Süddeutsche Zeitung. 09.08.2002. 2012 erschien eine erste wissenschaftliche Studie zur Aufarbeitung des BdV-Führungspersonals von 1958/59: Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 27).

<sup>37</sup> Vgl. BArch Berlin. MfS. PA 2765 (Waldemar Kraft); MfS. ZAIG 24071 und PA 1171 (Heinrich Windelen); MfS. Hauptverwaltung (HV) A 1047 und HA VI 1822 (Herbert Hupka).

1988 hieß es bei der zuständigen MfS-Recherchestelle: „Ein Nachweis, daß Dr. Czaja [BdV-Präsident] Angehöriger der SS war, konnte bisher nicht erarbeitet werden.“<sup>38</sup>

SED und MfS unterstellten den CDU/CSU-Bundesregierungen unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard per se, Vertreter einer ‚revanchistischen Eroberungspolitik‘ zu sein. Und es war ein Anliegen der SED-Führung, auch der SPD die gleichen ‚revanchistischen Ziele‘ vorzuwerfen. In der ‚Revanchismuspropaganda‘ machte die SED keinen Unterschied zwischen den großen bundesdeutschen Parteien. Die SED-Spitze erklärte, dass die Vertriebenenfunktionäre in SPD-Führungskreisen ebenso „eifrig Kalte Krieger“ seien wie die in der CDU/CSU.<sup>39</sup> Ostberlin schreckte in diesem Zusammenhang nicht davor zurück, den Sozialdemokraten Wenzel Jaksch (1896 – 1966), Präsident des BdV von 1964 bis 1966 und nachweislich ein Gegner des Nationalsozialismus, der während der NS-Zeit emigrieren musste, mit einer diffamierenden Kampagne zu überziehen. Dabei nahmen die SED-Agitatoren Bezug auf sein aktuelles politisches Wirken, da Jaksch sich nicht scheute, mit NS-belasteten sudetendeutschen Vertriebenenfunktionären in Sachen Heimatpolitik zusammenzuarbeiten.<sup>40</sup> Die SED-Funktionäre verunglimpften den SPD-Politiker und Vertriebenenfunktionär mit Vorwürfen und Titeln wie „Heim-ins-Reich-Krieger“ und „Volk-ohne-Raum-Ideologe“, d. h. sie beschimpften ihn als ‚Nazi‘.<sup>41</sup>

‚Revanchismuskampagnen‘ betrieben SED und Staatssicherheit nicht nur gegen Vertriebenenfunktionäre, sondern auch gegen die Vertriebenenverbände insgesamt. In martialischer Kalter-Krieger-Manier verleumdete man öffentlich z. B. die großen Landsmannschaftstreffen der Schlesier, Pommern, Sudetendeutschen oder Ost- und Westpreußen jedes Jahr zu Pfingsten als kriegsvorbereitende Aufmärsche gegen die DDR, Polen, die ČSSR und die Sowjetunion. Die massenwirksame Verbreitung von ‚Revanchismusvorwürfen‘ gegen den BdV blieb eine stetige Aufgabe des MfS und der SED-Propaganda und blieb nicht ohne Wirkung.<sup>42</sup>

**38** BArch Berlin. MfS. ZAIG 24033, Bl. 116.

**39** Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA) DY 30/IV 2/10.02/123, Bl. 23: SPD und Vertriebenen-Politik. 01.10.1959.

**40** Vgl. Brandes, Detlef: Wenzel Jaksch im Spiegel von Dokumenten der tschechoslowakischen Staatssicherheit 1945 bis 1966. In: *Bohemia* 60/2 (2020), S. 237–264.

**41** SAPMO-BA DY 6 1488: Wenzel Jaksch. Ein Arbeiter-Verräter; Jauerning, Edmund: Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde. Berlin (Ost) 1968, S. 10 – 15; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9708. Bd. 3, Bl. 749 – 783: Personalablage zu Jaksch 1960 – 1964. Vgl. Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 196 – 202; dies., Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 136 – 144.

**42** Vgl. nur als Auswahl BArch Berlin. MfS. ZAIG 9705: Revanchistische Tätigkeit der Landsmannschaften in Westdeutschland 1965 – 1970; BArch Berlin. MfS. HVA 24, 35, 61, 1043: Gegenwärtige Lage des Revanchistenverbandes BdV in der BRD. 1982 und 1985; ebd., 1399: Vertriebenenfunktionäre in Bundesgremien 1987.

## MfS-Spione in westdeutschen Vertriebenenverbänden

Die Zahl der MfS-Agenten in den Vertriebenenverbänden der BRD muss spekulativ bleiben. Bedeutungsvoller als die Quantität war für das MfS letztlich die Qualität ihrer Spitzel. Als Beispiel für einen spektakulären und für die Staatssicherheit bedeutungsvollen Agenten kann Lothar Roßdeutscher (\*1912) dienen. Er war Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der DDR-Staatssicherheit mit dem Decknamen „Kropf“ und lieferte von 1952 bis 1985 Informationen über den Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft in Westberlin.<sup>43</sup> Da er auf Weisung des MfS im Laufe der Jahre in den Landesvorstand der Landsmannschaft aufstieg und es sogar in die Delegiertenversammlung der Bundeslandsmannschaft Schlesien brachte, berichtete „Kropf“ kontinuierlich und ausführlich über seinen Landesverband, über Beziehungen und Interna zum Bundesvorstand der Landsmannschaft in Bonn, über das Haus der ostdeutschen Heimat in Westberlin sowie über die Dachorganisation in Westberlin, den Landesverband der Heimatvertriebenen. In den 1950er Jahren verriet er zahlreiche Namen von DDR-Bürgern an die Staatssicherheit, die an Heimatkreistreffen der Schlesischen Landsmannschaft in Westberlin teilnahmen. Nach 1961 lieferte der IM die Namen von DDR-Rentnern, die zu Landsmannschaftstreffen der Schlesier in Westberlin und in Westdeutschland reisten. Hinzu kamen Personalien von DDR-Bürgern, die in Kontakt zu Westberliner Landsmannschaften standen. Welche Folgen dieser Verrat für die betreffenden DDR-Bürger hatte, konnte nicht mehr recherchiert werden. Außerdem übermittelte „Kropf“ Namen und Zeiten von Besuchsreisen, die Westberliner Landsmannschaftsfunktionäre nach Ostberlin, in die DDR oder nach Polen unternahmen, wen sie dort trafen bzw. was sie dort unternahmen.

Ein weiterer Auftrag des „IM Kropf“ war die „Zersetzung der Landsmannschaft Schlesien“.<sup>44</sup> Mittels verleumdender Briefaktionen gegen Funktionäre und einer in Ostberlin gefertigten und in Westberlin verteilten Vertriebenen-Zeitung gelang es zwischen 1955 und 1965, Angst und Unruhe unter den organisierten Schlesiern in Westberlin zu erzeugen, massenweise Austritte aus der Landsmannschaft zu initiieren sowie Westberliner Geschäftsleute und Geldgeber davon abzubringen, Spenden für die Vertriebenenarbeit bereitzustellen. Außerdem fanden sich immer weniger organisierte Schlesier in Westberlin bereit, Funktionen zu übernehmen oder eine aktive Landsmannschaftsarbeit zu betreiben.

Das anvisierte Ziel des MfS, die Auflösung der Landsmannschaften in Westberlin herbeizuführen, wurde nicht erreicht. Aber die Unterwanderung der Vertriebenen-Landesverbände in Westberlin durch die DDR-Staatssicherheit war so groß, dass die

<sup>43</sup> Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 184–209.

<sup>44</sup> BArch Berlin. MfS. AIM 11395/86. Bd. 10, Bl. 77–84: Treffbericht mit GM Kropf. 29.10.1963, hier Bl. 77; vgl. ebd., Bl. 104 f., 126–128, 164–166: Treffberichte. 19.12.1963, 02.05.1964, 12.10.1964.

Zentralen der Bundeslandsmannschaften und der BdV Anfang der 1960er Jahre daran dachten, die Westberliner Verbände aufzulösen. Dies geschah nicht, aber die Bundesvorstände der Landsmannschaften und die BdV-Zentrale in Bonn zeigten immer ein gewisses Misstrauen gegen die Vertriebenen-Landesgruppen in Westberlin. Neben dem Verrat deutsch-deutscher landsmannschaftlicher Kontakte und den geheimdienstlichen Maßnahmen, die auf die Auflösung von Vertriebenenverbänden zielten, überbrachte der IM alle denkbaren Informationen über Struktur, Personal, Finanzierung, Aktivitäten usw. des Westberliner Landesverbands der Vertriebenen. Ende der 1960er und in den 1970er Jahren kamen Meinungen aus den Führungskreisen der Schlesischen Landsmannschaft über die Neue Ostpolitik der Bonner Bundesregierung hinzu, speziell über den Stand der Vorbereitungen und die Abschlüsse der Ostverträge. Für die Staatssicherheit waren hier die Inhalte von Gesprächen zwischen Vertriebenenfunktionären einerseits und Westberliner Politikern der CDU, FDP und SPD andererseits von besonderem Interesse.<sup>45</sup>

## Hoffnungen auf Marginalisierung der Vertriebenenverbände

Die von der DDR-Führung nicht gewünschten, auf landsmannschaftlichen Zusammenhalt basierenden deutsch-deutschen Kontakte, hatte die Staatssicherheit ausreichend im Blick. Dazu verfügte sie über zahlreiche Spitzel in DDR-„Umsiedlerkreisen“.<sup>46</sup> Das MfS kontrollierte den Postverkehr, den Reiseverkehr von DDR-Rentnern zu Vertriebenenveranstaltungen in Westdeutschland sowie die seit den 1970er Jahren anwachsende Reisetätigkeit von Funktionären der Landsmannschaften und des BdV in die DDR, nach Polen bzw. in die ČSSR. Die nach 1961 fortbestehenden, von der Größenordnung jedoch unbedeutenden persönlichen Kontakte von „Umsiedlern“ zu organisierten Vertriebenen in Westberlin und Westdeutschland waren meist verwandtschaftlicher Art bzw. wurden von älteren „Umsiedlern“ unterhalten. Das MfS beließ es bei der Beobachtung der Verbindungen. 1965 zogen die MfS-Bezirksverwaltungen die glaubhafte Bilanz, dass der „Einfluss der revanchistischen Landsmannschaften

<sup>45</sup> Vgl. BArch Berlin. MfS. Archivierter IM-Vorgang (AIM) 11395/86. Bd. 1–16: Akten des Geheimen Mitarbeiters „Kropf“ alias Lothar Roßdeutscher. 1951–1986; BArch Berlin. MfS. HVA 489: Über interne Vorgänge der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe; Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 184–209.

<sup>46</sup> Zum Vorstellen der Größenordnung: Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg verfügte 1959 über 285 Spitzel, der Bezirk Rostock über 331 Spitzel in „Umsiedlerkreisen“ (BArch Berlin. MfS. BV Neubrandenburg XX, 235, Bl. 61–67: Vorhandene GI, die Umsiedler sind). Vgl. Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 52–55.

Westdeutschlands keine umfassende Wirksamkeit“ in der DDR habe.<sup>47</sup> SED und MfS hatten ausreichende Kontrolle über ‚ihre Umsiedler‘.

Seit Mitte der 1960er Jahre informierte die DDR-Auslandsspionage, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), zweimal jährlich die SED-Führung über den Zustand, den politischen Einfluss und die Aktivitäten der Landsmannschaften und des BdV. Die geringe Zahl und der nicht große Umfang der Informationen lässt den Schluss zu, dass das SED-Politbüro den Vertriebenenverbänden inzwischen keine übermäßige Bedeutung mehr beimaß. Die Dossiers gingen an Erich Honecker und an die SED-Verantwortlichen für die sogenannte Westarbeit, fast immer wurden sie auch an die „befreundeten Geheimdienste“ in Warschau, Prag, Budapest und Moskau weitergeleitet.<sup>48</sup> Die HVA berichtete sachlich über innere Zustände des BdV bzw. der großen Landsmannschaften und über deren Beziehungen zu den Partei-, Parlaments- und Regierungsgremien der BRD. Wiederholt referierte man über das dauerhaft zerrüttete Vertrauensverhältnis zwischen den sozial-liberalen Bundesregierungen unter Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt auf der einen und dem Bund der Vertriebenen und seinem Präsidenten Herbert Czaja auf der anderen Seite. Das habe auch zu Kontroversen und Streitereien innerhalb der BdV-Führungsgremien geführt.

In den 1970er Jahren begannen vertriebenenpolitische Bastionen in der bundesdeutschen Gesellschaft sichtbar zu bröckeln, was auch generationsbedingt war. Es lebten immer weniger Vertriebene der Erlebnisgeneration. Es wurde üblich, die DDR nicht mehr als ‚Zone‘ zu bezeichnen, als ‚Ostdeutschland‘ sah man nun die DDR und nicht mehr die Gebiete jenseits von Oder und Neiße an und unter ‚Wiedervereinigung‘ wurde nun die Vereinigung mit der DDR und nicht mehr die mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten verstanden. Das MfS stellte Mitte der 1970er Jahre fest, dass entgegen den öffentlichen Bekanntmachungen des BdV, der die Zahl seiner Mitglieder mit 2,5 Millionen angab, diese bei nur noch knapp 1,5 Millionen lag. Die Staatssicherheit rechnete mit einem Organisationsgrad von unter 15 Prozent unter den Vertriebenen. Die überhöhte Angabe der Mitgliederzahlen durch die BdV-Führung werteten die Ostberliner zu Recht als „Flucht nach vorn“, um über die schwindende Bedeutung der Verbände hinwegzutäuschen.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> BArch Berlin. MfS. BV Neubrandenburg XX 235: Bericht: Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen. 1965. Vgl. auch Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED (wie Anm. 5), S. 79–82.

<sup>48</sup> Vgl. BArch Berlin. MfS. HVA 84: HVA-Information an Erich Honecker. 03.09.1979: Haltung der Führung des BdV zu aktuellen politischen Fragen; ebd., 114: Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten. 13.01.1975. Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 214–217.

<sup>49</sup> Vgl. BArch Berlin. MfS. Juristische Hochschule (JHS) 21838/4: Major Pustogorow / Major Klotz: Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation. 1974; BArch Berlin. MfS. SED Kreisleitung (KL) 4251: Dietrich Gayko: Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD. 1974.

## „Revanchistische“ Offensive aus Bonn ab 1982 – Realität oder Propaganda?

Nach dem Wechsel von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl 1982 hofften die Vertriebenenfunktionäre auf wirkungsvollere inhaltliche und materielle Unterstützung. Zunächst fürchtete Ostberlin ein Wiederaufleben der „Revanchistenverbände“.<sup>50</sup> Als sichtbares Zeichen für ihr Erstarren wertete man 1982/83 die Vielzahl von hochrangigen Unterredungen zwischen dem Präsidium des BdV und Regierungspolitikern wie Kanzler Kohl, Bundespräsident Karl Carstens, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und CDU/CSU-Bundesfraktionsvorsitzender Alfred Dregger. Zudem traten nach jahrelanger Abwesenheit wieder hochrangige Bundespolitiker als Gastredner auf Großveranstaltungen der Vertriebenenverbände auf. Einen Höhepunkt markierte dabei die Rede des Bundeskanzlers auf dem Tag der Heimat des BdV in Westberlin im September 1984 und auf dem 21. Deutschlandtreffen der Schlesier im Juni 1985. Das ursprüngliche Motto des Schlesiertreffens „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ löste heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit aus. Scharfe Kritik aus Warschau und Moskau sowie aus dem westeuropäischen Ausland führte schließlich zu dem geänderten Motto: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien unsere Zukunft im Europa freier Völker“.<sup>51</sup> Die Abänderung des Schlesier-Mottos wurde auch als gescheiterter Versuch der Landsmannschaft gesehen, die ost- bzw. deutschlandpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung im Interesse der Vertriebenenverbände zu beeinflussen.<sup>52</sup>

Die Beobachtung des MfS, dass ab 1983 wieder höhere Finanzmittel des Bundes für die Vertriebenenverbände flossen, war zutreffend. Mehr Geld gab es für die institutionelle Förderung der Verbände und ihrer Gremien sowie für deren Aktivitäten, für die sogenannte ostdeutsche Kultur- und Bildungsarbeit und für die Förderung der Forschung.<sup>53</sup> MfS-intern wusste man jedoch, dass das Verhältnis zwischen der Bonner

---

**50** Vgl. BArch Berlin. MfS. HVA 24: Gegenwärtige Lage des BdV. 18.04.1983; ebd., 27: Aktivitäten des BdV zur Einflussnahme auf die BRD-Regierung. 22.12.1983.

**51** Vgl. BArch Berlin. MfS. HVA 1044, Bl. 198–204: Revanchistentreffen der Landsmannschaft Schlesien. Juni 1985; BArch Berlin. MfS. ZAIG 9756, Bl. 7–29: MfS-Zeitungsausschnittsammlung zum Bundesschlesiertreffen; BArch Berlin. MfS. ZAIG 28750, Bl. 5–57: Sammlung innen- und ausländischer Pressestimmen: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband BdV. Juni 1989; BArch Berlin. MfS. HVA 35: Information über die politischen Zielvorstellungen und die Tätigkeit des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD. 13.03.1985.

**52** Vgl. Frantziöch, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin (West) 1987, S. 157–160; Hupka, Herbert: Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen. München 1994, S. 336–359.

**53** Vgl. BArch Berlin. MfS. JHS 20629, Bl. 72–82: Zum Wesen und den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften in der BRD. 1986; Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 259–274.



Regierung und den Spitzen der Vertriebenenverbände getrübt war. In einer sachlichen Analyse der DDR-Auslandsspionage hieß es 1983:

„Wie aus Einschätzungen leitender Funktionäre des BdV hervorgeht, [haben diese] besondere Erwartungen auf eine wirkungsvollere ideelle und materielle Unterstützung durch BRD-Regierungsstellen seit [...] der im Oktober 1982 gebildeten und durch die Bundestagswahlen am 6. März 1983 bestätigten CDU/CSU/FDP-Regierung, wobei sie jedoch das – angesichts zahlreicher interner Probleme – begrenzte Gewicht ihrer Organisation deutlich überschätzten.“<sup>54</sup>

Der Niedergang der Vertriebenenorganisationen setzte sich in den 1980er Jahren in der Ära Helmut Kohl weiter fort. Trotz erheblicher finanzieller Zugeständnisse an den BdV und einiger symbolischer Gesten der Regierungskoalition erlebte der Verband keine Renaissance. Dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften gelang es nicht, die Deutschland- bzw. Ostpolitik der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, d. h. sie dazu zu bringen, offensive Wiedervereinigungspolitik mit dem Ziel einer Rückgewinnung möglichst großer Teile früherer deutscher Ostgebiete zu betreiben.<sup>55</sup> Obwohl diese Entwicklung offensichtlich war, blieb die Ostberliner Propaganda, unterstützt von den MfS-Agitationsoffizieren, bei dem grotesk überzeichneten Bild von den Vertriebenenverbänden, nach dem diese erfolgreich die Unterwanderung der Bundesrepublik durch „revanchistische, tendenziell neofaschistische Ideen“<sup>56</sup> betrieben. Abgeklärter sahen die Offiziere der HVA die Bedeutung der Vertriebenenverbände. Ihre Dossiers über den Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften spiegelten wider, über welche geringe politische Bedeutung diese in der bundesdeutschen Gesellschaft inzwischen verfügten. Die ‚revanchistische‘ Unterwanderung der Bundesrepublik durch die Vertriebenenverbände war SED-Propaganda, während die DDR- und MfS-Spitzen die Realität kannten und um den tatsächlichen Bedeutungsverlust der Verbände wussten.<sup>57</sup>

<sup>54</sup> BArch Berlin. MfS. HVA 24, Bl. 55: HVA-Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistenverbandes BdV in der BRD. 18.04.1983.

<sup>55</sup> Vgl. Sticker, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“ (wie Anm. 3), S. 433–436.

<sup>56</sup> BArch Berlin. MfS. ZAIG 28750, Bl. 21f.: Der Schoß ist fruchtbar noch. April 1988; vgl. BArch Berlin. MfS. JHS 20083, Bl. 1–137: Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR. 1987.

<sup>57</sup> Vgl. das noch am 1. Juli 1989 von der HVA/Abteilung II vorgelegte, 105 Seiten starke Dossier zum BdV: BArch Berlin. MfS. HA XX. Zentrale Materialablage (ZMA) 663, Bl. 5–112: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e. V. (BdV)“ sowie BArch Berlin. MfS. JHS 20083, Bl. 1–137: Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR. 1987. Vgl. Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz (wie Anm. 2), S. 270–274.